

„Fair teilen statt sozial spalten“

Forderungen Das Sozialbündnis Nürnberg glaubt, den Weg aus der Krise zu kennen.



Arbeit am fließenden Band und dennoch unterbezahlt. Wer im Niedriglohnsektor arbeitet, hat immer weniger Geld zur Verfügung. (Foto: Jens Büttner/dpa)

VON IRINI PAUL

Wer heute zum Einkaufen geht, der bezahlt erheblich mehr als noch vor einem Jahr. Es ist nur eine Folge des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine. Sie trifft alle Menschen hierzulande – nur eben nicht alle in gleichem Maße. Wer bereits zuvor Schwierigkeiten hatte, mit seinen Mitteln klar zu kommen, den bringt die Preisentwicklung in Not, während Besserverdienende die Mehrbelastung schultern können.

„Es trifft vor allem Beschäftigte im Niedriglohnbereich und Menschen, die Transferleistungen beziehen“, so Stephan Doll, Geschäftsführer des DGB Mittelfranken. So sei allein in Nürnberg der Anteil der Menschen, die im Niedriglohnsektor beschäftigt seien, auf 16,7 Prozent gewachsen. Mehr als jede fünfte Frau gehört hier zu den Betroffenen. „Wir brauchen endlich eine deutliche Lohnsteigerung, ein Tariftrueugesetz und ein Vergabegesetz“, so Doll weiter.

Die Forderungen des DGB sind nicht neu. Doch vor dem Hintergrund der Entwicklungen gewinnen sie zunehmend an Notwendigkeit. Denn die Krise zeigt eine breite Problemlage auf, ob es die Preissteigerungen bei Mieten angeht, Wohlfahrtsverbände, die selbst auf Hilfe angewiesen sind, oder eine Klimapolitik, die sich von Energieimporten abhängig gemacht hat.

Untätig war die Bundespolitik nicht, um hier in den letzten Monaten gegenzusteuern – nur eben falsch beraten, wie andere Mitgliedsorganisationen vom „Sozialbündnis Nürnberg“ kritisieren. Dieses hat nun unter dem Motto „Fair teilen statt sozial spalten“ zehn Kernforderungen für einen solidarischen Weg durch die Krise aufgestellt.

So kritisiert etwa Christiane Paulus, Geschäftsführerin von „Der Paritätische“ in Mittelfranken, dass gezielte Hilfe für Menschen in Not besser gewesen wäre, als staatliche Gelder im Gießkannenprinzip zu verteilen. Das Bürgergeld sei zudem viel zu niedrig angesetzt worden und würde der Inflation nicht gerecht werden.

Der Geschäftsführer vom Mieterbund Nürnberg, Gunther Geiler, verweist auf ein grundsätzliches Problem. Die Weichen sind schon vor Jahren falsch gestellt worden. Zwar werden immer häufiger Sozialwohnungen gebaut, aber immer mehr Wohnungen fallen aus der Bindung. „Die Wohnungsfrage spaltet die Gesellschaft“, so Geiler. Längst ist eine harte Konkurrenz um den knappen bezahlbaren Wohnraum entstanden.

„Wir brauchen nicht nur mehr geförderte Wohnungen, sondern auch dauerhaft günstige Wohnungen.“ Um den außer Kontrolle geratenen Wohnungsmarkt wieder in geordnete Bahnen lenken zu können, müsse auch der Staat auf Landesebene mehr in die Pflicht genommen werden. Dazu gehöre auch die Unterstützung neuer gemeinnütziger Wohnungsunternehmen. „Der Staat darf nicht nur Regulator, sondern muss auch Anbieter sein“, so Geiler weiter. Das Wohngeld sieht er vor dem Hintergrund der preistreibenden Spekulationen durchaus kritisch, da dieses nicht nur den Bedürftigen zugute komme, sondern auch den Investoren.

Breit aufgestellt

Zum Nürnberger Sozialbündnis gehören 54 Organisationen wie Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Verbände, Gruppen und Gewerkschaften. Es ist damit bundesweit eines der größten Sozialbündnisse. Es reicht von der Aids-Beratung, der Gewerkschaft der Polizei, dem DGB Mittelfranken, über die katholische Betriebsseelsorge bis hin zum Verein Cassandra.

Entsprechend breit aufgestellt sind die Forderungen des Sozialbündnisses für eine grundlegende Verbesserung der schwierigen, teils bedrohlichen Lebenssituation von Menschen. Dazu gehören unter anderem Rettungsschirme für soziale Einrichtungen, eine „realistische Anpassung“ von Transferleistungen, mehr Tarifbindung, die Einführung der Vermögenssteuer, aber auch „mutige Maßnahmen zum Klimaschutz“, wie es Anika Herbst von der Humanistischen Vereinigung formuliert. Wenn erheblich mehr Dächer Solarstrom liefern würden, mehr Windräder in Bayern stünden und ein Tempolimit dafür sorgen würde, das man mehr die Bahn nutze, dann müsste ein zugedrehter Gashahn gar nicht mehr aufgedreht werden, so Herbst.
